

**Digitalisierung I:** Auf der Internet-Konferenz re:publica werden drei Tage lang die neuesten Trends vorgestellt, vor allem aber geht es um die Verantwortung der Anbieter und Nutzer für Demokratie



Umjubelter Auftritt: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier betritt die Bühne auf der Digitalkonferenz re:publica, die gestern zum 13. Mal in Berlin begann.

BILD: DPA

# „Nicht vertreiben lassen vom Gebrüll der wenigen“

Von den dpa-Korrespondentinnen  
Jenny Tobien und Renate Grimmig

Frank-Walter Steinmeier sprach sich für eine zivilisierte Debattenkultur im Internet aus und will vor allem die Plattformen stärker in die Verantwortung nehmen. Er fragte sich, warum gerade die politischen Debatten, die er im Netz erlebe, „so oft dazu neigen, toxisch zu werden“, sagte Steinmeier in Berlin. „Wenn uns die Zukunft dieser Demokratie am Herzen liegt, dann müssen wir uns um die politische Debattenkultur im Netz gemeinsam kümmern!“ Die drängendste Aufgabe sei nicht etwa die „Digitalisierung der Demokratie, sondern die Demokratisierung des Digitalen“.

Drei Wochen vor den Europawahlen forderte Steinmeier mit Blick auf die sozialen Netzwerke „demokratische Regulierungen“ und konkrete Maßnahmen: „Wir brauchen glasklare Herkunftssiegel für

Informationen – und das vor allem, wenn es um politische Werbung geht.“ Die Plattformen waren zuletzt immer wieder in die Kritik geraten, sei es wegen Hass und Hetze im Netz oder dem laxen Umgang mit persönlichen Daten. Die Konzerne reagieren bisweilen nervös. So hatte Twitter vorschnell harmlose Seiten gesperrt, etwa von Berlins Staatssekretärin Sawsan Chebli.

## Steinmeier wundert sich

„Nach vielen Worten und Ankündigungen, nach Gesprächsrunden und fotogenen Politikerterminen ist es an der Zeit, dass Facebook, Twitter, YouTube & Co. ihre Verantwortung für die Demokratie endlich wahrnehmen, endlich in die Tat umsetzen“, sagte Steinmeier weiter. Denn: „Solange die schnelle Lüge und die seriöse Nachricht, der überprüfte Fakt und die bloße Meinung, solange Vernunft und Hetze unterschiedslos nacheinander in Newsfeeds auftauchen, solange ha-

ben es Demagogen viel zu einfach.“ Mit Steinmeier besucht erstmals ein Bundespräsident die re:publica, die bis vor einigen Jahren eher als Nischen-Veranstaltung galt. So fragte er in seiner Rede mit einem Schmunzeln: „Was hat so eine analoge Institution wie der Bundespräsident auf so einer digitalen Veranstaltung zu suchen? Und: Wie weit ist es eigentlich mit dieser freigeistigen, ungebundenen, nicht-hierarchischen Konferenz gekommen, dass sie das Staatsoberhaupt zur Eröffnung bittet?“

Die Netz-Community ist derweil begeistert von Steinmeiers Auftritt, der immer wieder von kräftigem Applaus unterbrochen wird. Und re:publica-Mitgründer Markus Beckedahl sagte: „Wir freuen uns, dass unser Bundespräsident viele unserer Werte und Einschätzungen teilt, beispielsweise dass wir die Digitalisierung demokratisieren müssen.“

In seiner leidenschaftlichen Rede nahm Steinmeier auch die Gesell-

schaft in die Pflicht: „Wir müssen Regeln besser durchsetzen, ja – aber vor allem darf die demokratische Mehrheit sich nicht zurückziehen und vertreiben lassen vom Gebrüll der wenigen!“ Denn er fragte sich: „Warum lassen wir zu, dass die Hater so laut und die Vernünftigen so leise sind – dass die wenigen so stark und die vielen so schwach erscheinen?“ Immer wieder betonte er die gemeinsame Sache: „Wir haben nur diese eine Demokratie.“

## Vier Kabinettsmitglieder kommen

Die 13. Ausgabe der re:publica ist politischer denn je. Mit Olaf Scholz, Hubertus Heil, Franziska Giffey und Svenja Schulze (alle SPD) haben gleich vier Kabinettsmitglieder ihren Besuch angekündigt. Ein Schwerpunkt ist das Thema Nachhaltigkeit. Das diesjährige Motto lautet „t;dr: too long; didn't read“. Die re:publica-Veranstalter sind der Meinung: „Wenn Verkürzungen zu simplen Parolen und Slogans werden, die

missbraucht werden, um die Gesellschaft zu spalten und demokratische Systeme zu zerstören, müssen wir mit Wissen und Information, mit Empathie, Dialog und Solidarität dagegen halten.“

Sie verweisen auf eine Studie der Columbia-Universität, bei der 2,8 Millionen Tweets zu 60 000 Inhalten ausgewertet wurden. Laut dem Ergebnis, so die Veranstalter, teilen 59 Prozent der Menschen einen Inhalt, ohne dass dieser überhaupt geklickt wurde. „Das heißt: Zwei Drittel hätten von einem Beitrag, einem Artikel, einer Bilderstrecke maximal die Überschrift gelesen – und den Inhalt ungelesen weiterempfohlen.“

Bundespräsident Steinmeier erklärte in seiner Rede, er sei dankbar für das Motto. „Das „Lob des langen Arguments“ ist mehr als eine Geschmackfrage. Es ist ein zutiefst politischer Appell. Denn Demokratie ist Politik in Langform.“ Es sei „ein Weckruf an die politische Debattenkultur.“

**Digitalisierung II:** Schulleiter beklagen eklatante Mängel bei der Ausstattung mit schnellem Internet / Scharfe Kritik der Verbände an Land und Kommunen

# Nur jeder fünfte Lehrer hat einen Dienstcomputer

Von unserem Korrespondenten  
Peter Reinhardt

**STUTTGART.** Die Lehrerverbände beklagen massive Defizite bei der Computerausstattung der Schulen. Nach einer Umfrage des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) unter 1230 Schulleitern haben in Deutschland nur an jeder fünften Schule alle Lehrer einen eigenen dienstlichen Computer. Eine dienstliche E-Mail-Adresse steht 47 Prozent der Lehrkräfte zur Verfügung. „Es braucht endlich mehr als Sonntagsreden und einzelne Leuchtturmprojekte“, sagt VBE-Chef Udo Beckmann.

Wie weit politischer Anspruch und schulische Wirklichkeit auseinanderklaffen, zeigt sich bei der Ausstattung mit schnellem Internet und WLAN. Nur in 36 Prozent der Schulen haben alle Klassenzimmer und Fachräume Zugang. Das selbst ernannte Bildungsland Baden-Württemberg steht mit einer Quote von 40 Prozent kaum besser da und wird klar vom SPD-regierten Nachbarland Rheinland-Pfalz abgehängt. Dort hat jede zweite Schule Zugang

zum schnellen Internet. Und bundesweit steht nur in jeder dritten Schule mindestens ein Klassensatz an digitalen Endgeräten wie Tablet-Computer zur Verfügung.

Statt den Ausbau der Digitalisierung zu beschleunigen, wirkt der Digitalpakt von Bund und Ländern bisher als Investitionsbremse. Im Oktober 2016 hatte die Bundesregierung für die Schulen fünf Milliarden Euro versprochen, geflossen ist bis heute kein Euro. „Obwohl das Lernen in der digitalen Welt von überall propagiert wurde, passierte konkret vor Ort fast nichts“, schimpft der baden-württembergische VBE-Chef Gerhard Brand.

## Schüler nutzen eigene Geräte

Weil die Computer fehlen, greifen immer mehr Lehrer auf die Endgeräte der Schüler zurück. „Das ist ein Offenbarungseid“, findet Brand. Denn in der Umfrage haben 70 Prozent der Schulleitungen angegeben, dass einzelne Kinder kein Handy und schon gar kein Tablet haben. Die Gefahr von Mobbing solcher Kinder steige. Bundesweit halten vor allem Grund-



In vielen Schulen hilft nur der eigene Tablet-Computer, wenn die Lehrer im Unterricht die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen wollen.

BILD: DPA

schulischer Smartphones mit ihrem kleinen Bildschirm für den Unterricht nur schlecht geeignet.

Baden-Württembergs Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) räumt Nachholbedarf ein. „Es steht außer Frage, dass wir die Ausstattung der Schulen verbessern und in die Lehrerfortbildung investieren müssen“, sagt sie zu den Ergebnissen der Befragung.

Neben der Infrastruktur und den Endgeräten ist die Qualifikation der Lehrer eine weitere Großbaustelle der Digitalisierung. Die angebotenen Kurse seien regelmäßig stark überbucht. Zwei Drittel aller Lehrer würden sich privat für den Einsatz von digitalen Endgeräten im Unterricht weiterbilden. Trotzdem beharrt Brand auf seiner Position, dass Fortbildung in den Ferien den Leh-

ren nicht zugemutet werden könne. Notwendig seien mehr Kursangebote auch in den Schulen.

Sind Schulen gut ausgestattet, werden die Möglichkeiten oft nicht genutzt, weil die Lehrer mit den neuen Techniken nicht umgehen können oder es nicht wollen. Die Schuld sieht Funktionär Brand nicht bei unwilligen Lehrern, sondern im System. Manche würden auf Fortbildungen verzichten, damit nicht noch mehr Unterricht ausfällt.

Auch die Lehrgewerkschaft GEW hat in diesen Tagen das Thema Digitalisierung für sich entdeckt. „Wir befinden uns in den meisten Klassenzimmern in Baden-Württemberg in der Kreidezeit“, schimpft Landeschefin Doro Moritz. 47 Prozent aller Lehrer hätten noch nie mit Tablets oder Smartphones im Unterricht gearbeitet.

Die Verbände kämpfen keineswegs uneigennützig für die Digitalisierung. In Baden-Württemberg haben gestern die Personalratswahlen begonnen. Da macht es sich immer gut, wenn man sich der Basis noch einmal in Erinnerung bringt.

## DREI FRAGEN

### „Prozess betrifft alle Menschen“

Leandro Cerquiera Karst, Landesschülerbeirat Baden-Württemberg



Herr Cerquiera Karst, tausende Menschen besuchen die re:publica. Woher kommt der Erfolg solcher Veranstaltungen?

**Leandro Cerquiera Karst:** Ein Grund ist die Vielfalt, die bei solchen Ereignissen herrscht. Als ich über das Gelände gelaufen bin, habe ich Menschen aus aller Welt gesehen. Sie haben die verschiedensten Hintergründe, und jeder hat die Möglichkeit, sich einzubringen. Digitalisierung betrifft alle Menschen, egal ob es sich um einen Schüler, Professor oder einen Bundesminister handelt.

Wo gibt es in Deutschland noch Nachholbedarf, was die Digitalisierung angeht?

**Cerquiera Karst:** Zum einen fehlt es noch an Wissen über diesen Prozess. Es gibt zwar bereits viele ausgezeichnete Konzepte, die aber erst umgesetzt werden müssen. Ein Beispiel dafür sind die Schulen. Wichtig ist: Es gibt nicht den *einen* richtigen Plan, man muss auch die Belange der einzelnen Schule, des einzelnen Schülers berücksichtigen. Zum anderen braucht es noch mehr Mut. Häufig fehlt es noch an der Offenheit gegenüber solchen Prozessen. Der erste Schritt dahin muss in den Köpfen der Menschen geschehen.

Blicken Sie optimistisch in die digitale Zukunft?

**Cerquiera Karst:** Das Wort „zuversichtlich“ trifft es besser. Es gibt viel Potenzial, das aber auch abgerufen werden muss. Den genaueren weiteren Weg kann natürlich niemand voraussagen. Wichtig ist aber, das Thema gemeinsam anzupacken und es allen Akteuren zu ermöglichen, sich zu beteiligen. Die Diskussionen um Datenschutz und die konkrete technische Umsetzung bremsen das Tempo manchmal etwas. Dennoch sind solche Themen natürlich auch wichtig. tge

Das Gespräch wurde telefonisch geführt und zur Abstimmung vorgelegt

## Verkürzungstrend birgt Risiken

**BERLIN.** Das Motto der Digital-Konferenz re:publica „t;dr – too long; didn't read“ gehört maßgeblich zur Kultur des Netzes. Der Trend der Verkürzung sei ein Überlebens-Werkzeug im Netz, sagte Forscherin und Analytikerin Nanjira Sambuli gestern in Berlin. Sie ist politische Botschafterin der von dem Erfinder des World Wide Web, Tim Berner Lee, gegründeten Web Foundation.

Bei der Flut der Informationen sei Kürze ein Kompromiss, so Sambuli. Der Trend werde aber immer wieder von Regierungen oder Organisationen missbraucht. „Risiken und ernsthafte Bedrohungen, gerade auch bei großen Social-Media-Plattformen, kommen auf uns zu“, warnte Sambuli. Kurze Statements in 140 Zeichen auf der einen Seite und ellenlange Fußnoten auf der anderen, die kaum mehr jemand liest – die potenzielle Gefahr von Verschleierungen steige damit.

Indem die Nutzer die Bedingungen akzeptierten, gestehen sie ein, dass sie keine andere Wahl haben, als den Anbietern oder Plattformbetreibern zu vertrauen – und das mit potenziell ernsthaften Folgen. „Es ist an der Zeit, die Art von Organisationen, die wir für dieses Zeitalter benötigen, neu zu gestalten, zu reformieren und aufrechtzuerhalten.“ dpa